

## Editorial des Präsidenten

„Die Schweiz in Europa und in der Welt“: Dieses Thema, welches bei der Planung des Veranstaltungszyklus „Die Stellung der Schweiz in Europa“ der SGA zugeteilt wurde, passt genau zu deren Betrachtungsweise der schweizerischen Aussenbeziehungen: Europa ist zwar für die Schweiz von grösster Bedeutung, aber darob darf nie die globale Dimension aus den Augen verloren werden. Auch der thematischen Vielfalt gilt es gerecht zu werden: Den Überblick zu wahren über wirtschaftliche, sicherheitspolitische, öko-logische, menschenrechtliche, humanitäre, entwicklungspolitische, kulturelle Aspekte.

An der Schlussveranstaltung des Zyklus wurde ich eingeladen, mich zu den Wechselwirkungen zwischen den europäischen und ausser-europäischen Beziehungen zu äussern. Diese sind spannend genug, wenn wir uns - auf dem Boden der Realpolitik, also eines vertraglich solid untermauerten Bilateralismus - mit ihnen befassen. Die aussereuropäischen Beziehungen werden nie eine Alternative sein zu guter Nachbarschaft in Europa. Doch die Schweiz hat, wie alle europäischen Länder, auch ausserhalb Europas Interessen zu wahren. Sie tut dies bilateral und multilateral, wobei die UNO für die Schweiz von wachsender Bedeutung ist. (Demnächst wird eine, sich in Vorbereitung befindende Veranstaltung der SGA/ASPE zu einer Standortbestimmung gewidmet sein über die Rolle der Schweiz seit ihrer Mitgliedschaft in der UNO).

Die Nichtmitgliedschaft in der EU hindert unser Land nicht an einer aktiven und erfolgreichen Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik. So leisten Bundesrat und Departemente wertvolle Beiträge zur Erschliessung aufstrebender Märkte für schweizerische Produkte und Dienstleistungen. Und auch die „Guten Dienste“ unseres Landes gehören keineswegs der Vergangenheit an, wie die bemerkenswerte Resonanz der schweizerischen Nahost-Diplomatie zeigt. In der UNO wirkt unser Land aktiv und respektiert am Reformprozess mit.

Andererseits gehört die Schweiz zur europäischen Wertegemeinschaft, und mit der EU verbindet sie das Betroffensein durch dieselben Sicherheits-, Wohlstands- und Umweltrisiken. Äussere und innere Spannungen, denen die EU ausgesetzt ist, verschonen auch unser Land nicht. Eine Zusammenarbeit mit der EU auch in den aussereuropäischen Beziehungen, insbesondere in der UNO, ist deshalb grundsätzlich erstrebenswert.

Es ist anregend, sich immer wieder bewusst zu werden, dass auch ein EU-Land „in Europa und in der Welt“ ist. Ganz offensichtlich hindert die Mitgliedschaft in der EU keineswegs an selbständigen nationalen Debatten und Positionsbezügen zur Entwicklung von Staaten oder staatlichen Gemeinschaften ausserhalb Europas. Wäre die Schweiz Mitglied der EU, würde sie zweifellos mit schweizerischen Erfahrungen und Ideen zu dieser Meinungsviel-

falt und Willensbildung beitragen. Die europäische Verfassungsdiskussion, an welcher sich auch einzelne Trägerorganisationen des Veranstaltungszyklus „Die Stellung der Schweiz in Europa“ beteiligten, zeigt aber, dass auch die Nichtmitgliedschaft der Schweiz kein unüberwindliches Hindernis für Partizipation an europäischen Debatten ist.

Die Schweiz legt Wert darauf, eine gute Partnerin in Europa zu sein. Mit der Annahme der bilateralen Verträge I und II sowie des Osthilfegesetzes untermauert sie dies erneut. Diese Partnerschaft ist die Grundlage, auf welcher mit der EU und deren Mitgliedländern gemeinsame Vorstellungen über „Europa in der Welt“ erarbeitet werden können.

Abschliessend sei mir an dieser Stelle noch ein persönliches Wort erlaubt:

Nach 11jähriger Tätigkeit als Präsident der SGA/ASPE trete ich auf die Generalversammlung 2007 zurück – bewusst in einem Zeitpunkt, da in unserem Kleinstaat wesentliche aussenpolitische Entscheidungen mit grosser innen-politischer Relevanz gefällt worden sind und erfolgreich die Unterstützung des Souveräns erhalten haben: Ich erwähne beispielsweise die bilateralen Verträge I und II, den Beitritt der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur UNO und die sog. Kohäsionsvorlage (Osthilfegesetz).

An verschiedenen Tagungen und an einzelnen Vortragsveranstaltungen konnten diese zentralen Fragen der schweizerischen Aussenpolitik und deren Relevanz auf

die schweizerischen Innenpolitik vertieft behandelt werden. So darf ich heute meiner Nachfolgerin eine Gesellschaft übergeben, deren Einsatz für eine solidarische Schweiz sich - trotz ihrer begrenzten Mittel - gelohnt hat.

In diesem Zusammenhang seien mir auch zwei kritische Bemerkungen erlaubt: Es ist für mich - als einem dem liberalen Gedankengut verpflichteten Bürger - nur schwer nachvollziehbar, dass die schweizerische Wirtschaft (vor allem auch jene Unternehmungen mit bedeutenden Aussenhandelsbeziehungen) den verschiedenen Organisationen ("sog.NGO"), die sich an der Basis unserer Demokratie mit Fragen der Aussenpolitik befassen – und damit innenpolitisch einen wesentlichen Beitrag zur demokratischen Meinungsbildung zu einer offenen Schweiz leisten! – grösste Zurückhaltung in ideeller und materieller Unterstützung zeigt. Dabei wäre langfristig eine kontinuierliche Information und ein permanenter Dialog doch mindestens ebenso wichtig wie konzentrierte, oftmals interessengebundene Kampagnen im Rahmen einzelner strategisch wichtiger Volksabstimmungen. Und auch die Medien haben - von wenigen Ausnahmen abgesehen - immer wieder eine schwer nachvollziehbare Zurückhaltung an den Tag gelegt, wenn es um die Berichterstattung über Generalversammlungen mit bundesrätlicher Präsenz oder auch um Anlässe mit Themen von grundsätzlicher Relevanz ging. Diese "Abstinenz" kann für eine gut verankerte Aussenpolitik in der Demokratie schweizerischer Prägung langfristig zu einer Belastung werden, was sich ja auch darin äussert, dass die

schweizerische Öffentlichkeit in der Regel eher ein distanzierteres Verhältnis zu einer aktiven schweizerischen Aussenpolitik pflegt und diese anspruchsvolle Aufgabe lieber dem zuständigen Department überlässt, um sich damit gleichzeitig die Türen zur Kritik und zur Markierung der Individualität wie auch Unabhängigkeit offen zu halten.

Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, der Geschäftsleitung der SGA, namentlich Herrn Dr. Ulrich Gut und Frau Karin Büchli (Netzwerk Müllerhaus) sowie den Mitgliedern des Vorstandes, namentlich den beiden Vizepräsidenten Frau Myrtha Welti und Herrn a. Botschafter Jean Jacques Indermühle, sowie der Präsidentin und den Mitgliedern des Beirates, Frau Dr. Katharina Bretscher-Spindler, für ihre konstruktive, engagierte und kollegiale Zusammenarbeit in all den Jahren meines Präsidiums zu danken. Diese Zusammenarbeit hat gerade in den letzten Jahren auch zu freundschaftlichen Beziehungen geführt, die ich nicht mehr missen möchte. So wünsche ich der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik eine (weiterhin) gedeihliche Entwicklung mit hoffentlich besseren Rahmenbedingungen, damit eine erweiterte Aktivität und Präsenz ermöglicht wird. Die SGA/ASPE hat eine wichtige Scharnierfunktion zwischen dem Eidgenössischen Departement für Auswärtige Angelegenheiten, dem Parlament und der schweizerischen Öffentlichkeit sowie auch mit Bezug auf eine erfolgreiche schweizerische Aussenwirtschaftspolitik zu erfüllen!

Dr. Thomas Wagner

## 1. Generalversammlung

Die Generalversammlung 2006 fand am Donnerstag, 18. Mai, im Hotel Bellevue-Palace in Bern statt.

### Statutarischer Teil

Der Vorstand wurde für die Amtsdauer 2006-2010 bestätigt. Präsident Thomas Wagner, hatte bereits im Vorjahr seine Rücktrittsabsicht bekannt gegeben. Da die Nachfolge noch nicht geregelt werden konnte, stellte er sich auf Wunsch der Findungskommission für ein weiteres Jahr als Präsident zur Verfügung.

### Öffentlicher Teil

Jean-Daniel Gerber, Staatssekretär des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements, referierte zum Thema „Aussenpolitik und Aussenwirtschaftspolitik – Gegensatz, Kohabitation oder Synergie?“. „In seiner Darstellung überwogen die Synergien die Zielkonflikte“, berichtete Christoph Wehrli in der „NZZ“ vom 19. Mai. Staatssekretär Gerber begründete auch das Interesse der Schweizer Wirtschaft an der Annahme der Abstimmungsvorlage über den Kohäsionsbeitrag der Schweiz: Eine Ablehnung würde eine Belastung der gesamten Beziehungen zu unserer Wirtschaftspartnerin Nummer eins bedeuten.

(Die schriftliche Fassung des Referats ist bei [www.sga-aspe.ch](http://www.sga-aspe.ch) veröffentlicht.)

## 2. Veranstaltungen 2006

*Zyklus „Die Stellung der Schweiz in Europa“:*

Das Veranstaltungsangebot stand im Berichtsjahr stark im Zeichen der Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union. Die SGA konnte ihre Mitglieder zu fünf Veranstaltungen des Zyklus „Die Stellung der Schweiz in Europa“ einla-

den, welcher durch eine Gruppe von Vereinigungen und die Dachorganisation Forum Helveticum gemeinsam gestaltet und durchgeführt wurde. Die SGA selber trug hierzu eine Referatsveranstaltung mit Bundesrätin Micheline Calmy-Rey an der Universität Freiburg bei.

*15. Juni 2006:*

„Alleingang? Bilateraler Weg? Beitritt? Die Stellung der Schweiz gegenüber der EU“: So lautete der Titel einer Veranstaltung an der ETH Zürich, welche die SGA gemeinsam mit dem Center for Comparative and International Studies (CIS) von Universität und ETH Zürich durchführte. Als Keynote Speaker trat Rudolf Ramsauer, Vorsitzender der Geschäftsleitung von economiesuisse, für eine der Wirtschaft förderliche Europapolitik ein. Den Alleingang bezeichnete er als „Unsinn“. Andererseits sei der ökonomische Zusatznutzen, den ein EU-Beitritt brächte, geringer geworden. Er hätte Nachteile in der Geld-, Währungs-, Fiskal-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, brächte einen Harmonisierungsdruck in der Besteuerung. Die einzige Option sei der Bilateralismus: Dieser sei ein mehrheitsfähiger, aber kein einfacher Weg. Abschliessend wies Ramsauer darauf hin, dass die EU im Umbruch sei. Zwar sei die Lissabon-Strategie mit ihrem Top-Down-Ansatz gescheitert. Dennoch wäre es falsch, die Erfolge der EU klein zu reden.

SP-Nationalrat Mario Fehr führte fünf Gründe für einen EU-Beitritt an: Erstens sei die EU ein Erfolg. Zweitens habe die Schweiz, über viele Jahre betrachtet, das tiefste Wirtschaftswachstum aller OECD-Staaten. Drittens könnte die Schweiz durch geschicktes Koalieren etwas erreichen; stattdessen praktiziere sie den „autonomen Nachvollzug“. Viertens führe die Nichtzugehörigkeit zur EU zu einem Reformstau. Fünftens bedeute der Bilateralismus einen Zu-

stand permanenter Rechtsunsicherheit und könne eines Tages zu Ende gehen. Die beiden Referate wurden durch die Professoren Silvio Borner, Georg Kreis und Frank Schimmelfennig sowie NZZ-Redaktor Christoph Wehrli in einer durch Ellinor von Kauffungen moderierten Debatte vertieft. Borner erachtet die globalen Beziehungen als wichtiger, weil die europäischen erfolgreich bereinigt seien. Kreis legte dar, weshalb Europapolitik mehr ist als Wirtschaftspolitik. Schimmelfennig gab zu bedenken, die Schweiz hätte in der EU „wunderbare Verbündete“; das schweizerische Sozialmodell stehe im Vergleich mit den andern EU-Staaten etwa in der Mitte. Wehrli wandte sich dagegen, dauernd Türen zu verriegeln, indem jeder dem andern nachsage, der Beitritt sei nicht realistisch. Er begrüßte aber, dass economistes von der buchhalterischen Sicht weggehe und die Finalität zur Diskussion stelle.

*29. Juni 2006:*

Tim Guldemann befasste sich in der Aula der Universität Bern mit der Frage: „Eskaliert der Nuklearrstreit mit Iran?“ Guldemann, derzeit Professor an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main, war 1999 bis 2004 Botschafter der Schweiz in Teheran und ist Mitautor des Iran-Berichts der International Crisis Group. Sein Referat nährte die Hoffnung, dass ein militärischer Konflikt mit Iran vermieden werden kann.

*5. September 2006:*

Die Veranstaltung an der Universität Freiburg zum Zyklus „Die Stellung der Schweiz in Europa“ war zugleich der Beitrag der SGA zur Information über die Abstimmungsvorlage vom 26. November: Das Osthilfegesetz mit dem Kohäsionsbeitrag der Schweiz an die neuen Mitgliedländer der EU. Da er in einer frühen Phase der Abstimmungsdiskussion erfolgte, wurde er stark be-

achtet, vor allem in der Westschweiz. Rektor Urs Altermatt eröffnete die Veranstaltung mit interessanten historischen Bezügen. Bundesrätin Micheline Calmy-Rey hob die Vorteile hervor, welche der Schweiz aus der Osterweiterung der EU erwachsen: Mehr Stabilität, weniger Migrationsdruck, bessere Voraussetzungen für die Kriminalitätsbekämpfung und für den Ausbau der Handelsbeziehungen. Sie legte Wert auf die Tatsache, dass die schweizerischen Beiträge nicht nach Brüssel überwiesen, sondern direkt in den einzelnen Ländern eingesetzt werden. Die Zeitung „La Liberté“ zollte in ihrem Veranstaltungsbericht der Überzeugungskraft der Aussenministerin Respekt mit dem Titel: „Cette Calmy-là peut gagner le 26 novembre, face à l'UDC“.

(Die schriftliche Fassung des Referats ist bei [www.sga-aspe.ch](http://www.sga-aspe.ch) veröffentlicht.)

### **3. Wilton Park**

Die Auswahlkommission, bestehend aus SGA-Vizepräsident und alt Botschafter Jean-Jacques Indermühle (Vorsitz), Prof. Dr. Heiner Hänggi und Prof. Dr. Madeleine Herren, gewährte im Berichtsjahr vier Stipendien für die Teilnahme an Wilton-Park-Konferenzen. Mit einem Aufruf machte die Auswahlkommission weitere Kreise auf diese Stipendien aufmerksam.

Besonders interessante Konferenzberichte von Stipendiatinnen und Stipendiaten werden bei [www.sga-aspe.ch](http://www.sga-aspe.ch) veröffentlicht.

Aufgrund eines Spendenaufrufs an ehemalige Wilton-Park-Konferenzteilnehmer entrichtete Novartis International AG einen Beitrag von 3'000 Franken an den Stipendienfond, welcher herzlich verdankt sei.

#### **4. Mitgliedschaft**

Der Gesellschaft gehörten per Ende Jahr 352 (Vorjahr 408) Einzelmitglieder sieben Ehepaare und zwei Kollektivmitglieder an.

Wir freuen uns ganz besonders, dass wir auch in diesem Jahr acht neue Mitglieder in unseren Kreis aufnehmen durften.

#### **5. Ausblick**

Das Jahr 2007 steht für die SGA im Zeichen des Wechsels im Präsidium – ein gegebener Moment der Besinnung über Standort, Strukturen und Zukunftspläne.

Auch für unser Land ist 2007 ein Übergangsjahr: Eine Phase der Plebiszite über das Verhältnis zu Europa wurde letztes Jahr erfolgreich abgeschlossen. 2007 wäre nun der Normalbetrieb einer soliden, wenn auch nicht spannungsfreien Beziehung aufzunehmen. Ein neuer Akteur wirkt daran mit: Professor Michael Reiterer, der erste Botschafter der EU-Kommission in der Schweiz. 2007 ist ausserdem ein Wahljahr: Die eidgenössischen Wahlen können die Voraussetzungen für die Gestaltung der Aussenbeziehungen stabilisieren oder verändern.

Davon unberührt bleibt der Auftrag der SGA: Das Verständnis für die schweizerischen Aussenbeziehungen zu fördern, um die Aussenpolitik in der Innenpolitik besser zu verankern.

Lenzburg, 20. April 2006

Dr. Thomas Wagner  
Präsident

Dr. Ulrich E. Gut  
Geschäftsführer

Karin Büchli  
Sekretariat